

Zerfällt die EU?

– Europa zwischen Demokratisierung und Krise

Sozialdemokratische Perspektiven angesichts wachsender sozialer und regionaler Fliehkräfte in der Europäischen Union

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Frederike Boll, Ole Erdmann, Estelle Goeger, Sarah Ryglewski und Stefan Stache



Foto: © statzenberger - Fotolia.com

Die Europawahlen am 25. Mai 2014 haben das erwartete Signal aus vielen Ländern Europas an die etablierten politischen Kräfte ausgesandt: „So kann es nicht weitergehen“. Zwar dominieren im neuen Europaparlament weiterhin die europafreundlichen Fraktionen. Die erdrutschartigen Siege der United Kingdom Independence Party (UKIP) in Großbritannien oder der Front National (FN) in Frankreich zeigen jedoch, wie groß das Misstrauen vieler Wählerinnen und Wähler gegenüber der derzeitigen europäischen Politik als Antwort auf die Krise ist.

Die Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament – große Koalition auf europäisch

Sogar in traditionell eher europafreundlichen Mitgliedsstaaten wie Deutschland mit der rechten AfD und Spanien mit der linken Liste „Podemos“ sind neue europakritische Par-

teien von der wachsenden Europaskepsis in das Europaparlament getragen worden. Die Europäische Volkspartei konnte trotz Verlusten die meisten Mandate erringen und schickt sich mit Unterstützung der unterlegenen SozialistInnen und SozialdemokratInnen (S&D-Fraktion) nun an, den EU-Kommissionspräsidenten zu stellen. Mit der Aufnahme der AfD in die Fraktion der Eurokritiker um die britischen Tories oder die „Wahren Finnen“ ist als drittstärkste Fraktion im Parlament nun ein Übergewicht auf der Rechten entstanden. Sowohl personell wie inhaltlich wird dies eine fortschrittliche Politik für Europa weiter erschweren. Gleichwohl sind der Erfolg des italienischen sozialdemokratischen Partito Democratico und die Stimmengewinne der deutschen Sozialdemokratie ein Lichtblick, der auch einige Sitzgewinne für die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament zur Folge hat. Der Wahlerfolg der Syriza-Partei in Griechenland

zeigt, dass die Kritik an der europäischen Krisenpolitik nicht nur rechten Kräften nutzt, sondern auch in Druck von links übersetzt werden kann.

Abwendung von übergeordneten politischen Ebenen

Der offensichtliche Rechtsruck in Europa geht einher mit einer Dynamik, in der politische Akteure an Stärke gewinnen, die sich auf eine vermeintlich überschaubare nationale oder regionale Identität berufen. Im November 2014 stimmt die schottische und die katalanische Bevölkerung über ihre Unabhängigkeit ab. Diese nationalen Zerfallsprozesse setzen die spanische und britische Regierung unter großen Druck, als Nationalstaaten Handlungsfähigkeit für die eigenen Bürgerinnen und Bürger unter Beweis zu stellen. Im Europaparlament konnten zwar diese und ähnliche separatistische Parteien keine nennenswerte Größe erreichen. Die für einen EU-Austritt ihrer Ländern werbenden Parteien Front National in Frankreich und UKIP in Großbritannien oder die EU-kritischen Parteien wie AfD oder die Bewegung „cinque stelle“ des Satirikers Peppe Grillo aus Italien profitieren aber von einer ähnlichen Stimmung in ihren nationalen Kontexten: Eine wachsende Zahl von WählerInnen wendet sich von überregionalen politischen Gestaltungsebenen – so paradox das im Kontext der Globalisierung klingen mag – ab und votiert für Parteien, die den eigenen Nationalstaat oder die eigene Region stärken und Integrationsfolge der Europäischen Union, wie die Einführung des Euros, rückgängig machen wollen.

Machtkampf zwischen EU-Parlament und europäischem Rat

Sehr zum Missfallen der Regierungschefs aus einigen EU-Mitgliedsstaaten sehen sich die nationalen Regierungen dank des politisch offensiven Umgangs des Europaparlaments mit dem Institut des „Spitzenkandidaten“ bei der Benennung der Kommissionsspitze in der Defensive. Der EU-Gipfel am 27. Juni hat mit Jean-Claude

Juncker zum ersten Mal mit den Gegenstimmen des britischen und des ungarischen Regierungschefs einen Vorschlag für den Kommissionspräsidenten beschlossen. Der britische Premier David Cameron begibt sich aus innenpolitischen Gründen damit immer weiter in die europapolitische Isolation. Neben der Auseinandersetzung zwischen dem europäischen Rat mit den Regierungschefs der Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament um die politische Dominanz der EU-Institutionen wird diese Europawahl jedoch auch angesichts der oben angedeuteten Ergebnisse in vielen Mitgliedsstaaten eine verstärkte Debatte um die Ausrichtung der EU-Krisenpolitik und die Zukunft der EU insgesamt hervorbringen. Die FN stellt mit 23 Abgeordneten die stärkste französische Delegation im Europaparlament. Die Tatsache, dass der Traum von Marine Le Pen einer gemeinsamen Fraktion mit Wilders, der ÖVP und weiteren Gleichgesinnten letztendlich scheiterte, darf über dieses Ergebnis nicht hinwegtäuschen. Das Horrorszenerario einer Kammer, die von rechtsextremen und linkspopulistischen EU-Gegnern dominiert wird, hat sich nicht verwirklicht, das Europaparlament bleibt handlungsfähig. Doch die Hoffnungslosigkeit vieler BürgerInnen und ihre Kritik an diesem Europa bleiben. Das dürfen gerade die Verfechter eines starken Parlaments vor lauter inter-institutionellen Gefechten nicht aus den Augen verlieren. Die BürgerInnen werden nur dann an eine europäische parlamentarische Demokratie glauben, wenn diese sich auch konkret mit ihren Erwartungen und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beschäftigt.

Diese Warnung gilt aber auch für die nationale Politik, insbesondere in Frankreich. Aus Umfragen geht hervor, dass es eine Diskrepanz zwischen dem hohen Ergebnis der FN und der Zustimmung zu ihrem Programm gibt. Die wenigsten FN-WählerInnen wollen wirklich einen Austritt aus dem Euro. Außerdem gibt es ein Gefälle zwischen den zwei FN-Bastionen im Norden und im Süden Frankreichs. Im Norden stimmten die ehemaligen Industriearbeiter und Linken für Marine Le Pens Partei aus Angst vor

der Desindustrialisierung, der Globalisierung, einem handlungsunfähigen Staat und einem Europa, das nur als Wettbewerbsprojekt betrachtet wird. Im Süden stimmten die „pieds noirs“, die ehemaligen Algerienfranzosen, für Le Pens rassistische Parolen.

Eines eint jedoch die FN-WählerInnen: die Ablehnung der traditionellen Parteien und eines politischen Systems, das die FN als „UMPS“ verhöhnt. Die tiefe ideologische und finanzielle Krise, in der die UMP steckt, und die Bestechungsvorwürfe gegen Ex-Präsident Sarkozy lasten schwer auf der Glaubwürdigkeit des mitte-rechts Lagers als demokratische Opposition. Opposition kommt derzeit aus den eigenen Regierungsreihen. Premierminister Valls musste die sogenannten „frondeurs“ (kritische PS-Abgeordnete) wochenlang umwerben, um eine Spaltung der Fraktion bei der Verabschiedung eines Nachtragshaushaltes mit Kürzungen zu vermeiden. Anfang Juli boykottierten zwei Gewerkschaften die jährliche Sozialpartner-Konferenz, weil sie der Regierung vorwerfen, nur den Arbeitgebern zuzuspielen.

Vor diesem Hintergrund ist zu hoffen, dass die sozialistische Regierung in Frankreich ihren Einfluss im Rat endlich einsetzen wird, um ein Wahlversprechen von 2012 einzulösen: die Richtung der EU-Politik zu ändern. Das dürfte die Diskussionen dort sicher nicht einfacher machen.

Erst nachdem nun die Europawahlen mit Spitzenkandidaten stattgefunden haben, scheinen Teile der politischen Eliten und der Öffentlichkeit wirklich zu begreifen, dass es künftig auch in Europa ähnlich wie in den Nationalstaaten um politische Richtungsentscheidungen bei den Wahlen geht, die sich auch in personellen Entscheidungen widerspiegeln. Dass einzelne Regierungen in dieser Situation nun versuchen, mit der Ablehnung der durch das Europaparlament ausgerufenen Wahlsieger den Preis für ihre Zustimmung zu einem EU-Personalpaket hochzutreiben ist das Eine. Das Andere ist, dass wir es nicht zuletzt vor dem Hintergrund der

oben beschriebenen Fliehkräfte mit einem Machtkampf zwischen EU-Institutionen (Kommission und Parlament) und Nationalstaaten (deren Regierungen im Rat versammelt sind) zu tun haben. Hier geht es um die Frage, ob eine Parlamentarisierung Europas als integraler Bestandteil fortschrittlicher europäischer Politik nun einen wichtigen Schritt vorangebracht wird.

Die Sozialdemokratie hat in Deutschland und in Europa für die Demokratisierung der EU gewonnen. Die Durchsetzung eines/r Spitzenkandidaten/in muss damit oberste Priorität für die S&D-Fraktion sein, will sie den Demokratisierungsanspruch nicht völlig aufgeben und damit massiv Glaubwürdigkeit verspielen.

Politische Polarisierung auf europäischer Ebene fehlte

Die oben skizzierte Situation hat sich in vielen Umfragen abgezeichnet. In diesem Umfeld galt es nun seitens der Sozialdemokratie, eine politische und personelle Antwort zu finden. Dabei ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament – auch das war zu erwarten und ist kein neues Phänomen – nun die S&D-Fraktion zu einer Kooperation mit der EVP gezwungen, will sie den politischen Führungsanspruch in Europa als Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger verteidigen. Dieser Konflikt droht die Frage der inhaltlichen Ausrichtung des europäischen Einigungsprozesses zu überlagern. Mit welcher Politik kann der explosionsartig gestiegenen Zahl von (jungen) Arbeitslosen, Geringverdienenden und prekär Beschäftigten in der EU eine Perspektive gegeben werden? Welche Politik und welches Personal kann eine sozialere und integrierende EU voranbringen? Womit kann das abstrakte Ziel eines sozialen intelligenten und nachhaltigen Wachstums erreicht werden?

Ohne Frage ist aus Sicht der deutschen SPD die personelle Antwort mit Martin Schulz glücklich. Die Umfragen zeigten großen Zuspruch für seine Person in Deutschland. Politisch ist

in den erstmals durchgeführten TV-Duellen jedoch eines sehr deutlich geworden: in den wesentlichen, insbesondere krisenbezogenen Politikfeldern wie der Wirtschafts-, Haushalts-, Handels- und Wettbewerbspolitik ist es nicht gelungen, die sozialdemokratische Alternative klar von der konservativen Antwort abzugrenzen und damit dem/der WählerIn wirklich eine Wahl zu geben. Natürlich ist es sehr schwierig, angesichts der sehr unterschiedlichen nationalen und regionalen Ausgangssituationen eine passende europaweite Antwort zu finden. Zumal es schon vorab sehr wahrscheinlich war, dass die EVP- und die S&D-Fraktion aufeinander angewiesen sein würden, um die notwendigen Mehrheiten in den nächsten fünf Jahren zu organisieren.

Dieser Einigungsdruck im stark fragmentierten Europäischen Parlament trug zu der mangelnden Polarisierung bei, die letztlich die Wahlauseinandersetzung so farblos machte.

Dabei ist zu konstatieren, dass die sich in den Krisenstaaten entwickelnde Protestbewegung auch nicht sonderlich dazu beitrug, von der europäischen Politik eben solche Alternativen einzufordern. Die in die Defensive gedrängten europäischen Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen hatten außer einem „Nein“ keine offensive inhaltlich-konzeptionelle Antwort auf die Krisenpolitik der Troika und ihrer nationalen Ausführungsorgane (nichts anderes sind Regierungen, die aus einem Parteienwettbewerb hervorgegangen sind, in dem schon vor den Wahlen die Akzeptanz der Troika-Politik von den maßgeblichen Kräften verabredet worden ist). Ideen wie ein Marshallplan für Europa, wie ihn der DGB eingefordert hat, wurden europaweit nicht ausreichend aufgegriffen. In den derzeit wirtschaftlich stabilen Ländern wie Skandinavien, Deutschland oder Österreich war und ist es den neoliberalen AusteritätsanhängerInnen gelungen, die Angst vor dem wirtschaftlichen und sozialen Desaster in einen „nationalen“ Egoismus umzumünzen, der die Lasten der Krisenpolitik auf die ArbeitnehmerInnen in den

Krisenstaaten abwälzt. Und so machte auch die SPD den Fehler, auf die befürchteten oder realen Ängste mit Kampagnenelementen gegen die vermeintliche EU-Bürokratie und für den „deutschen“ Spitzenkandidaten zu bedienen – und diese Ängste damit letztlich zu verstärken, anstatt ihnen eine Alternative entgegenzusetzen.

So bleibt die Sozialdemokratie politisch auf europäischer Ebene in der Defensive.

Perspektiven sozialdemokratischer Politik in Deutschland und ihre Bedeutung für Europa

Dabei bietet die derzeitige Politik der SPD in der großen Koalition in Berlin auch Ansätze für eine alternative Antwort auf die Krise. Die von der SPD vorangetriebene Einführung des Mindestlohns und die Verbesserungen bei der Rente nämlich sind das Gegenteil dessen, was die Troika in den Krisenstaaten in den vergangenen Jahren durchgesetzt hat (Senkung des Lohnniveaus und der Transferzahlungen). Durch die Einkommenszuwächse wird die Binnennachfrage in Deutschland gestärkt. Die bisherige Austeritätspolitik hat vor allem durch die massiven Lohn- und Rentensenkungen in Europa ebendiese stark gesenkt und damit zur Fortsetzung und Verfestigung der Krise in Europa beigetragen.

Diese wichtigen politischen Projekte bleiben aber ohne Einbettung in einen neuen sozial-ökologischen Pfad noch Stückwerk. Steuerentlastung, Investitionen und Schuldenabbau zugleich zu fordern, lässt weder eine kohärente ökonomische Strategie erkennen, noch trägt es zur Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit im linken Lager bei. So erscheint die Forderung aus dem Regierungsprogramm nach gerechter Finanzierung von Investitionen durch Steuererhöhungen als taktische Verfügungsmasse. Konservative Diskurse um die schwarze Null und die Schuldenmacherei können auf diese Weise schwer von links angegriffen werden. Die Debatten in der Partei um die Steuererhöhungen, die „kein Selbstzweck seien“, die kalte Progression und die Abschaffung der Abgeltungssteu-

er verdeutlichen, dass die SPD-Spitze zwischen marktliberalen Haltungen, taktischen Manövern und einer neuen Linie zur Überwindung der europäischen Krise schwankt. Geschweige denn, dass europapolitische Diskurse nach links gedreht werden.

Dennoch bietet das europäische Umfeld Chancen für einen neuen Diskurs. Die EZB flankiert die nachfragestimulierende Politik in Deutschland mit einer expansiven Geldpolitik, d.h. vor allem niedrige Zinsen. Ihre Ankündigung, im Notfall auch Staatsanleihen von Krisenstaaten aufzukaufen, hat die Rentenmärkte vorübergehend beruhigt und wirkt damit wie eine gemeinsame Haftung für Staatsschulden – auch wenn die Niedrigzinspolitik keine wirkliche Lösung für die überschuldeten Krisenstaaten darstellt, wie die von der SPD ursprünglich geforderten Eurobonds. Die EZB erledigt damit die Drecksarbeit für die Austeritätsideologen um den deutschen Finanzminister Schäuble, die den Wählerinnen und Wählern in Deutschland vorgaukeln, jeder Staat müsse und könne seine Schuldenproblematik alleine lösen und das auch noch zum wirtschaftlichen Vorteil aller.

Mit der Renten- und Lohnpolitik in Deutschland, der bereits vor der Europawahl begonnenen Einführung einer zumindest Rumpf-Finanztransaktionssteuer, der vor dem EU-Gipfel Ende Juni angestoßenen Debatte um eine flexiblere Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der expansiven Geldpolitik der EZB sind nun wichtige Bausteine für ein alternatives Anti-Krisenprogramm in der Diskussion oder sogar in der Umsetzung. Die beginnende EU-Förderperiode setzt die progressiv deutbaren Ziele eines intelligenten, inklusiven und nachhaltigen Wachstums in sichtbare Strukturpolitik in den Regionen Europas um.

Leider versäumt es die Sozialdemokratie derzeit, diese Elemente auf nationaler wie auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen alternativen Strategie zusammenzufügen. Sie müsste europaweit für eine nachfrageorientierte Stär-

kung der Einkommen, steuerliche Umverteilung und eine offensive Investitions- und Innovationspolitik werben, die das Ziel eines sozialen und ökologischen Wirtschaftsmodells verfolgt. So gewinnen Maßnahmen und Programme zur Schaffung von Investitionen und Arbeitsplätzen einen sozialdemokratischen Sinn, anstatt durch neoliberale Rosskuren weiter auf die schleichend langsame Erholung der EU-Wirtschaft zu warten. Ohne eine solche Strategie drohen mit der fortdauernden Dominanz der neoliberalen Eliten in den nationalen Hauptstädten und der EU-Kommission die Fliehkräfte in den Nationen und Regionen Europas die Oberhand zu gewinnen. Eine Politik des sozialen Wachstums in Zeiten der Globalisierung aber braucht eine stärker sozialdemokratische und europäische Perspektive.

Die Artikel im Einzelnen

Die Europawahl 2014 war für das deutsche Parteiensystem keine grundlegende Zäsur. Dennoch, so analysiert *Gerd Mielke*, reihen sich die Ergebnisse in eine Entwicklung ein, die eine neue Qualität im deutschen politischen System ausmachen. Erstmals beschreitet mit dem Erfolg der AfD und dem wiederholten Scheitern der FDP eine neue Partei innerhalb des bürgerlich-konservativen Parteienlagers den Weg in ein überregionales Parlament. Bislang war dies nur im linken Lager mit dem Aufkommen der Grünen und der Linken zwischen den 1980er und den 2000er Jahren der Fall. Der „Modernisierungskurs“ der Merkel-CDU seit 2005 löst nun möglicherweise dauerhafte Veränderungen in der deutschen Parteienlandschaft aus. Dass sich gleichzeitig die Entwicklung der SPD von der Volks- zur „Großpartei“ trotz leichter Zugewinne fortsetzt, anstatt von der Neusortierung im rechten Lager zu profitieren, muss die Sozialdemokratie alarmieren. Und es verlangt nach neuen strategischen Ansätzen, vor allem auf europäischer Ebene.

Ausgehend vom Ergebnis der Europawahl stellt *Joachim Schuster* die Frage nach „Sozialdemokratischen Alternativen zur neoliberalen

Austeritätspolitik“. Er beschreibt in seinem Artikel, wie sich die ökonomische Krise nach dem Zusammenbruch des Bankensystems mittlerweile zu einer Krise des politischen Systems entwickelt hat. Dieser kann die Sozialdemokratie nur begegnen und langfristig wieder mehrheitsfähig werden, wenn es ihr gelingt, gesamteuropäische Alternativen zur derzeitigen Austeritätspolitik zu entwickeln. Diese Alternative sieht der Autor in der Etablierung eines neuen Wachstumsmodells, welches wirtschaftliche Prosperität mit Umverteilung und sozialem Ausgleich verbindet und unter anderem eine Reform des Bankensystems und eine vorübergehend höhere Neuverschuldung der Krisenstaaten beinhaltet.

Wie eng die finanziellen und administrativen Ressourcen von Regionen und Kommunen mit ihrer Fähigkeit zusammenhängen, ihre Interessen auf der europäischen Ebene zu vertreten, betont *Michèle Knodt*. Wirtschaftlich starke Regionen und Kommunen besitzen mehr Möglichkeiten, ihre Präsenz auf der europäischen Ebene zu organisieren, z.B. große Vertretungsbüros oder Europaabteilungen, sich zu vernetzen und dadurch politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Mit diesem Vorsprung tragen sie zu einer Vertiefung regionaler Ungleichheit in Europa bei. Daher müsse auch schwächer ausgestatteten Regionen und Kommunen ein besserer Zugang zur europäischen Ebene eröffnet werden.

Die Autoren *Nico Weinmann*, *Steffen Liebig* und *Stefan Schmalz* stellen die These auf, dass die sozialen Protestbewegungen, die sich als Antwort auf die Krise formiert haben, als „nicht-normierte Konflikte“ charakterisiert werden können. Handelnde Akteure in den Protesten agieren losgelöst von institutionellen Verfahren sowie der Gewerkschaftsbewegung, obwohl die dominierenden Fragen und Ängste klassische Themen der gesellschaftlichen Linken sind.

Die Entwicklung in Portugal macht exemplarisch deutlich, was in anderen Krisenstaaten ebenfalls zu beobachten ist: trotz massiver öf-

fentlicher Proteste gelingt es der parlamentarischen Linken nicht, ein progressives Bündnis für eine andere Politik zu organisieren. *Ismail Küpeli* analysiert die Strategien der etablierten Parteien wie auch des neu formierten „Linksblocks“ und beschreibt die Hindernisse für eine linke Mehrheit. Einmal mehr wird deutlich, dass Proteste oder neue Parteien allein nicht ausreichen, eine neoliberale Hegemonie in einem Land zu brechen. Ein linkes Gegenprogramm ist in Portugal jedoch auch noch nicht in Sicht.

Aus Sicht von *Ed Turner* ist es in Großbritannien dringend nötig, dass sich die Labour Party offensiver für eine linke und pro-europäische Politik einsetzt. Er analysiert, dass durch die Übernahme von Diskursen der Anti-Europakampagne der Populisten um UKIP wie etwa Einwanderung und nationale Souveränität sowohl durch die Tories wie auch Labour diese eher noch verstärkt wurden. Haupttreiber sowohl für den Erfolg von UKIP wie auch die mögliche Abspaltung Schottlands sei für viele Menschen vor allem die Ablehnung der neoliberalen Regierungspolitik David Camerons. Labour müsse eine glaubwürdige fortschrittliche Alternative entwickeln, die auch die Chancen Europas einbeziehen müsse.

Schließlich skizziert *Helmut Martens* mit dem Blick auf die Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik die verschiedenen ökonomischen und demokratischen Krisen des marktliberal geprägten Europas und die Perspektiven ihrer Überwindung. Dies sei nicht ohne eine kritische europäische Öffentlichkeit und die Europäisierung gewerkschaftlicher Debatten und Proteste erreichbar. ■

☞ *Frederike Boll*, 31 Jahre alt, ist Mitglied im Landesvorstand der Jusos NRW und Mitglied für die Jusos im YES Bureau. Sie arbeitet in der Friedrich-Ebert-Stiftung als Referentin für Menschenrechte und Entwicklungspolitik und befindet sich zurzeit in Elternzeit.

☞ *Ole Erdmann* ist Dipl.-Volkswirt, Vorsitzender des Kommunalen Begegnungswerks Europa e.V., Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Köln.

☞ *Estelle Göger* ist stellvertretendes Mitglied des Parteirates der französischen PS, arbeitet seit 2006 im Europaparlament und lebt in Brüssel.

☞ *Sarah Ryglewski* ist Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, stellvertretende Landesvorsitzende der Bremer SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ *Stefan Stache* ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.